

Die Konzentration
der Historiker auf das MfS
führt zu Verzerrungen

Die verdrängte Geschichte der SED

Manfred Wilke

In den zahlreichen Darstellungen zur Geschichte der DDR ist die SED als unbestrittene Staatspartei durch ihr Machtmonopol allgegenwärtig, aber sie und ihre Politik stehen fast nie im Mittelpunkt des historischen Interesses. 1998 hat Hermann Weber vor der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ festgestellt: „Auffallend ist nun, dass ausgerechnet die SED, deren Führung die Diktatur ausübte, aber auch die Blockparteien und Massenorganisationen, auf die sie sich dabei stützte, immer noch relativ geringe Aufmerksamkeit in der Forschung finden.“ Allein die Frühphase der Konstituierung der Diktatur nahm er von diesem bis heute gültigen Befund aus.

Historische Forschung ohne Archive ist undenkbar, und am Beispiel des Parteiarchivs der SED lässt sich ein Problem der Abgrenzung zwischen politischen Entscheidungsprozessen in der SED und dem staatlichem Handeln der DDR sehr gut illustrieren. Anfang der neunziger Jahre, als es um das Schicksal des SED-Archivs ging – die frei gewählte Volkskammer hatte es nicht verstaatlicht –, befand es sich weiterhin im Eigentum der PDS, daran hat sich übrigens bis heute nichts geändert. Damals kamen westliche Politiker und Juristen auf die für einen demokratischen Rechtsstaat nahe liegende Idee, die Überlieferung der SED einfach aufzuspalten in den Teil, der originäres Handeln der Partei betraf, und jenen, der in die staatliche Überlieferung der DDR

gehört. Die Gründung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv war der Ausweg, um die Zerstörung des SED-Archivs zu verhindern, die durch eine solche Trennung erfolgt wäre.

Die Vergesellschaftung des Herrschaftswissens der Diktatur begann im Dezember 1989 mit der Besetzung regionaler Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durch Bürgerkomitees. Der Sicherung der Akten des MfS folgte deren Öffnung für die verfolgten Opfer, die Strafverfolgungsbehörden und für Medien und Wissenschaft. Recht schnell wurde klar, dass das MfS nicht Staat im SED-Staat, sondern „Schild und Schwert der Partei“ war. Trotzdem bezog sich der öffentliche Diskurs über die untergegangene Diktatur – um im Bild zu bleiben – vornehmlich auf die Waffen der totalitären Partei. Die MfS-zentrierte öffentliche Diskussion war im Prozess der friedlichen Revolution 1989/90 eine politische Notwendigkeit, um die SED zu entwaffnen. Heute verfestigt sie sich zunehmend zum Geschichtsbild, das den Blick auf die politische Verantwortungshierarchie in der DDR verstellt. Hierzu trägt die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatsicherheitsdienstes der DDR (BStU) aktiv bei. In einem Entwurf für ein behördeninternes Leitbild aus dem Jahr 2004 heißt es: „Die Bedeutung der MfS-Archive reicht weit über das zeitgenössische Interesse hinaus. Als historisch einmaliger Bestand und als Gedächtnis der Stasi- und Dikta-

turgeschichte müssen sie in ihrer Gesamtheit erhalten bleiben.“ Das MfS also doch Staat im SED-Staat?

Die Historiker konzentrierten sich auf einzelne Felder der DDR-Politik und damit auf das staatliche Handeln. Mit diesem Ansatz stellen sie zugleich eine Kompatibilität zur Geschichte der Bundesrepublik bis 1990 her. Die SED, obwohl allgegenwärtig, wird in diesen Darstellungen als politisches Subjekt oft nicht fassbar, ihr totalitäres Selbstverständnis vom Staat, der für die Kommunisten nur das zentrale Instrument der Partei war, um ihre Ziele in der sozialistischen Gesellschaft nach innen durchzusetzen und gegenüber einer staatlich verfassten internationalen Ordnung nach außen zu vertreten. Das instrumentale Staatsverständnis der SED war in der DDR-Verfassung von 1968 als Suprematie der Partei rechtsförmig verankert. Die politische Geschichte der DDR muss deshalb mit dem totalitären, ideologisch begründeten Machtwillen der Kommunisten beginnen. Voraussetzung ist, dass er von Historikern verstanden und nachvollzogen wird. In der bisherigen DDR-Geschichtsschreibung haben dies vor allem Ernst Riechert und Hermann Weber getan, sie nahmen den totalitären Gestaltungswillen der SED zum Ausgangspunkt der Beschreibung der Politik der Kommunisten an der Macht. Sie konfrontierten die Pläne der SED, festgehalten in den Beschlüssen ihrer Führung, mit den Auswirkungen auf die innergesellschaftlichen Realitäten in der DDR und die jeweiligen außenpolitischen Konstellationen.

Um die „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Deutschland ging es politisch erst nach der Vereinigung. Für die Beantwortung der Frage, wie man die Geschichte einer Diktatur bewältigt, besaßen die Deutschen bereits ein erprobtes Muster, das in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945 geprägt wurde.

Die Vorgaben für diese Diktatur-Aufarbeitung wurden zunächst von außen gesetzt. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher, „der Täter“, war ebenso alliiertes Kriegsziel wie die Entschädigung begangenen Unrechtes an den „Opfern“. Sichtbarer Ausdruck dieser Politik der „Entnazifizierung“ war die Konstituierung des Internationalen Gerichtshofes zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg 1945/46. Hitlers Partei wurde von den Alliierten, die 1945 die oberste staatliche Gewalt in Deutschland übernahmen, sofort verboten. Das Nürnberger Tribunal konzentrierte sich auf Kriegsverbrechen und den Terror der deutschen Besatzungsherrschaft und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der Zentrale dieses Terrors: dem Reichssicherheitshauptamt. In seinem Urteil wurden die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und die Schutzstaffel (SS) zu verbrecherischen Organisationen erklärt. Die Personen, die den Vernichtungskrieg im Osten, den Völkermord an den europäischen Juden und den geheimpolizeilichen Terror gegen die der deutschen Besatzung unterworfenen Völker exekutierten, wurden als Täter nun strafrechtlich verfolgt und öffentlich geächtet. Da es ein alliiertes und kein deutsches Gericht war, wurden die Verbrechen der „Führerpartei“ und ihres Terrorapparates gegen das eigene Volk nachgeordnet. Gleichwohl stellte der amerikanische Hauptankläger Robert Jackson zu Beginn des Prozesses und im Blick auf die Zukunft klar, dass die vier Mächte nicht beabsichtigten, „das ganze deutsche Volk zu beschuldigen ... wenn die breite Masse des deutschen Volkes das nationalsozialistische Parteiprogramm willig angenommen hätte, wäre in den frühen Zeiten der Partei die SA nicht nötig gewesen, und man hätte auch keine Konzentrationslager und keine Gestapo gebraucht ... Wahrlich die Deutschen – nicht weniger als die Welt draußen – haben mit den Angeklagten eine Rechnung zu be-

gleichen.“ Diese Abrechnung dominierte die zeitgeschichtliche Debatte bis heute, und sie lieferte auch das Referenzmodell für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland.

Die 1945 nicht gegebene Chance, mit einer Diktaturpartei selbst abzurechnen, bekamen die Deutschen 1989 durch die friedliche Revolution in der DDR. Die Qualität der Verbrechen und das Ende der SED-Herrschaft waren mit nationalsozialistischen Verhältnissen nicht gleichzusetzen, zumal sie unmittelbar nur einen Teil des Landes betrafen. Aber das Nürnberger Vorbild wirkte prägend. De facto wurde im Einigungsvertrag nur das MfS als „verbrecherische Organisation“ behandelt, während die Diktaturpartei die Chance zum Neuanfang als Partei des demokratischen Sozialismus bekam.

Täter und Opfer des Terrors

Der analytische Blick auf die diktatorische Vergangenheit fällt umso schwerer in einem Land, in dem „Täter“ und „Opfer“ und deren Kinder zusammen weiterleben und im kollektiven Bewusstsein die Erinnerung noch nicht entschwunden ist, dass sowohl den Nationalsozialisten als auch den Kommunisten Millionen gläubig und hoffnungsvoll folgten. Diejenigen, die ihnen aktiv widerstanden und das Risiko von Verfolgung und Tod trugen, waren immer eine Minderheit. Die natürliche Reaktion vieler Menschen nach dem Ende von Diktaturen heißt Vergessen und Verdrängen, und das hat in den betroffenen Generationen durchaus sehr individuelle Gründe. Aber die Geschichte dieser Diktaturen war nicht folgenlos, und ihre Erbschaft belastet weiterhin die Nachgeborenen. Sie vor allem brauchen die Wahrheit über die Vergangenheit, ohne die sie nicht aus ihrem Schatten treten können.

Die Täter-Opfer-Perspektive ist in der Auseinandersetzung mit der Geschichte totalitärer Parteien an der Macht ein un-

abweisbarer Schwerpunkt. Es handelt sich vor ihrer Machtergreifung um revolutionäre Parteien, die bestehende Verhältnisse erklärtermaßen umstürzen wollen, um die utopische Vision ihres Gesellschaftsentwurfes auf den Trümmern der von ihnen zerstörten Zivilisation zu errichten. Der „Schrecken“ war bereits ein Kennzeichen der Jakobinerdiktatur in der Französischen Revolution, deren Geschichte als revolutionäres Erbe von den Kommunisten und auch von der SED gepflegt wurde. Im Terror als Methode zur Brechung von sozialem und politischem Widerstand erschöpfte sich die Politik der Kommunisten an der Macht nicht. Terror war nützlich, er verbreitete Furcht und lähmte den Widerstandswillen in den Reihen der feindlichen Kräfte, die es zu unterwerfen galt. Zugleich beförderte er die Faszination der Entschlossenheit des totalitären Machtwillens und die damit verbundene Anziehungskraft auf die zu gewinnenden „Massen“.

Vor dem Terror stand der Glaube an das humanistische Endziel der kommunistischen Gesellschaft, der diesen Weg der Gewalt und der Bürgerkriege rechtfertigte, um durch die Partei Frieden auf Erden und soziale Gerechtigkeit für jedermann zu schaffen. Diese Hoffnung inspirierte im zwanzigsten Jahrhundert weltweit Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle. Das galt auch für Deutschland.

Leszek Kolakowski hat im polnischen Oktober 1956 sehr klar die Rolle der Intellektuellen in der kommunistischen Bewegung bestimmt, die ohne eine Theorie nicht existieren kann. „Die Intelligenz ist der eigentliche Schöpfer der sozialistischen Kultur in ihren verschiedensten Formen, vor allem aber in der intellektuellen und künstlerischen Kultur.“ Kolakowskis These 1956 gipfelte in der Behauptung, ohne Hilfe der Intelligenz könne sich die Arbeiterklasse nicht vom kulturellen Einfluss der Vergangenheit befreien.

Dieses Selbstverständnis ihrer eigenen Bedeutung, verbunden mit der Hoffnung in der DDR, ihren Staat als das „bessere Deutschland“ nach der nationalsozialistischen Katastrophe aufbauen zu können, führte Bertolt Brecht und Anna Seghers aus dem Exil in die DDR und veranlasste Ernst Bloch und Hans Mayer, in Leipzig Lehrstühle anzunehmen.

Die euphemistisch als „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ umschriebenen Verstaatlichungen der Industrie, die Enteignung adligen und bürgerlichen Besitzes und die Bildungsrevolution schufen 1945/46 in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) für die skeptische Generation der enttäuschten Hitlerjugend die gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen ideologischen Neuanfang und soziale Karrieren in der DDR.

Historische Ausgangsbedingungen

Die Geschichte der SED lässt sich nicht auf ihre Rolle als diktatorische Staatspartei eines der beiden provisorischen Teilstaaten der deutschen Nachkriegsgeschichte reduzieren.

Die deutschen Kommunisten errangen ihre Macht nicht durch eine von ihnen siegreich geführte „proletarische Revolution“, sie scheiterte endgültig im Oktober 1923. Sie übernahmen die Staatsmacht aufgrund der Entscheidung der sowjetischen Sieger- und Besatzungsmacht, die sich beim Aufbau einer neuen staatlichen Verwaltung in ihrer Zone auf ihre „Moskauer Kader“ und die von ihnen geführte und ideologisch-politisch ausgerichtete kommunistische Partei stützen wollte.

Die historische Grundlage für die vierzigjährige SED-Diktatur sah der Bericht der Enquete-Kommission: „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ folgerichtig im totalitären „Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten“. Zugleich erinnerte die Kommission an die entscheidende Voraussetzung für diesen

Weg der KPD zur Macht und die damit verbundene Teilung Deutschlands. Die Wurzel war die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkrieges. „Deutschland hatte 1945 nicht nur eine militärische Niederlage erlitten, sondern musste auch mit Gebietsverlusten im Osten rechnen, die mit einer massenhaften Vertreibung der deutschen Bevölkerung eingeleitet wurden. Es war von der NS-Diktatur befreit, aber auch den Besatzungsmächten bedingungslos ausgeliefert. Die in der Ära Bismarck gewonnene Großmachtstellung, die bereits durch den Ersten Weltkrieg geschwächt worden war, hatte es selbst verschuldet vollends verspielt. Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.“

Damit sind die unverrückbaren historischen Ausgangsbedingungen für die Geschichte der SED festgehalten. Sie begann mit der Wiederbegründung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945.

West oder Ost?

Vor der Partei stand eine doppelte Herausforderung, zum einen der Neubau deutscher Verwaltungen in der SBZ, die am sowjetischen Referenzmodell, namentlich der Durchsetzung der „führenden Rolle“ der kommunistischen Partei, orientiert war. Gleichzeitig versuchte sich die KPD in den westlichen Besatzungszonen mit einer die Einheit Deutschlands betonenden Bündnispolitik als hegemoniale Partei der Arbeiterbewegung zu etablieren. In den Moskauer Planungen der Kader im Exil war die nach dem Krieg bevorstehende Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten um die Frage: „Wo geht Deutschland hin – West oder Ost?“ die zentrale Arbeitshypothese für das Aktionsprogramm nach Hitler. Schon 1945 hielt es die KPD-Führung nicht für ausge-

schlossen, dass es „zwei Deutschlands“ geben würde. Der Wille zur ungeteilten Macht der Kommunisten war von Anfang an konfrontiert mit den innerdeutschen Widerständen gegen ihre Politik. Dieser kam unter anderem aus der SPD, die auch in der SBZ stärker als die KPD wurde. Darauf reagierten die Kommunisten mit einer Kampagne für die Sozialistische Einheitspartei, um der Spaltung der Arbeiterbewegung ein Ende zu setzen. Kurt Schumacher, sicher in der britischen Besatzungszone sitzend, durchschaute den Zweck der Kampagne sofort. Durch eine Fusion mit der KPD sollte der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufgezwungen werden, um sie als eigenständige Partei auszuscheiden. In der SBZ gelang der KPD die Fusion, und mit dem Aufstieg von Otto Grotewohl (SPD) zum Co-Vorsitzenden der SED wurde seine einvernehmliche Unterwerfung demonstriert.

Entscheidend für das Gelingen der Parteigründung war die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht für die KPD, die auf direkte Weisung Josef W. Stalins handelte. Nach diesem Ereignis begann in den westlichen Besatzungszonen bereits der Niedergang der KPD. Max Reimann, ihr Vorsitzender, nahm weiterhin bis 1968 an Sitzungen des SED-Politbüros teil. Die SED selbst gab ihren Anspruch als gesamtdeutsche Partei nicht auf. Als „Staatspartei“ beanspruchte sie die politische und ideologische Führung ihrer westdeutschen „Bruderparteien“ KPD/DKP/SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlin) bis 1989. Sie finanzierte diesen Interventionsapparat in der Bundesrepublik und West-Berlin. Im ZK der SED wurden die Kaderakten der KPD/DKP/SEW-Funktionäre geführt, ihre Ausbildung erfolgte auf Parteihochschulen der SED und der KPdSU. Die Funktionäre ihrer Apparate mussten 1989 entlassen werden, als die SED ihre Macht verlor.

Die Geschichte des deutschen Kommunismus nach 1945 ist ebenso gespalten wie die des Landes, im Osten an der Macht und im Westen eine als extremistisch beobachtete, teilweise verfolgte Splitterpartei.

Sowjetische Deutschlandpolitik

Ausschlaggebend für den Aufstieg zur Macht in der SBZ/DDR und ihre Sicherung blieb die Bedeutung der SED für die sowjetische Deutschlandpolitik. Bis zu Stalins Tod 1953 fallen alle Grundsatzentscheidungen ihrer Politik in Moskau. Grundsätzlich änderte sich daran nichts, als seine Erben die Macht übernahmen und der SED im Juni einen „neuen Kurs“ verordneten, um den Aufbau der 1952 beschlossenen „Grundlagen des Sozialismus“ zu korrigieren. Dieser Kurs führte insbesondere durch die hohen Flüchtlingszahlen zur ersten Staatskrise der DDR. Das Eingeständnis der SED, „Fehler“ gemacht zu haben, wirkte wie ein Aufruf für den Volksaufstand am 17. Juni 1953, der nur mithilfe des raschen Eingreifens des Hohen Kommissars der Sowjetunion, Wladimir S. Semjonow, in der DDR und der Verhängung des Ausnahmezustandes unterdrückt werden konnte. Hatte Stalin 1945 die Zusammensetzung der KPD-Führung persönlich „bestätigt“, so tat dies die Moskauer kollektive Führung im Juli 1953 ebenso gegenüber Walter Ulbricht und Ministerpräsident Otto Grotewohl nach dem gescheiterten Volksaufstand.

Der 17. Juni richtete sich nicht nur gegen die SED, sondern auch gegen ihre sowjetische Schutzmacht. Er war für die Kommunisten in Berlin und Moskau eine Niederlage in der „Systemauseinsetzung“ zwischen dem Sozialismus in der DDR und dem Kapitalismus in der Bundesrepublik oder auf dem Feld der staatlichen Ordnung zwischen Diktatur und Demokratie. Diese Systemauseinsetzung war prägend für Entste-

hung und Geschichte der SED. Auch wenn die Hoffnung, die Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland für sich zu entscheiden, trügerisch war, hielt diese Hoffnung viele Kader der SED doch über vier Jahrzehnte aufrecht in ihrem Dienst für ihren Staat.

Die Weltsicht der SED war bipolar. Das Schicksal ihres Staates war unwiderruflich und auf ewig, so die Verfassung der DDR von 1974, mit der Sowjetunion verbunden, und damit stand auch kulturell und ideologisch das antiamerikanische und antiwestliche Feindbild fest, das ebenfalls zur Erbschaft der SED im vereinten Deutschland gehört. In der Ausrichtung auf die Sowjetunion konnte sich die SED auf eine kulturelle Tradition der deutsch-russischen Beziehungen stützen. Wie tief diese waren, zeigte sich in der friedlichen Revolution in der DDR 1989; die Mehrzahl der Bürgerrechtler und Teile der SED begannen sie in der Hoffnung auf die Hilfe des Generalsekretärs der KPdSU, Michail S. Gorbatschow.

Bis zu den Ostverträgen der sozialliberalen Koalition tat die Sowjetunion alles, um die internationale Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat durchzusetzen. 1967 garantierte sie der SED, bevor die Bundesrepublik nicht diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen und sie damit anerkannt hatte, sollte kein sozialistischer Staat Botschafter mit der Bundesrepublik austauschen. Zu Beginn der Verhandlungen über die Ostverträge mit Bonn 1970 änderte die sowjetische Führung ihre Reihenfolge. Nun stand die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik am Ende der Vertragsverhandlungen, die auch das alliierte Berlinabkommen von 1972 einschlossen. Im gleichen Jahr wurden beide deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die Änderung der Reihenfolge der Vertragsverhandlungen mit der Bundesrepublik, die mit der Sow-

jetunion begannen, hatte für die Geschichte der SED eine folgenreiche Bedeutung. Mit ihrem Vorgehen akzeptierte die Sowjetunion implizit den Wiedervereinigungsvorbehalt im Grundgesetz der Bundesrepublik. Walter Ulbricht konnte sich mit seiner Position, die Anerkennung der DDR müsse Priorität in den Vertragsverhandlungen haben, nicht durchsetzen. Er verlor sein Amt auch deshalb an den von Leonid I. Breschnew favorisierten Erich Honecker. Das Ende der SED-Herrschaft und damit ihres Staates DDR war auch eine Folge der sowjetischen Reformpolitik von Michail S. Gorbatschow, der die „Breschnew-Doktrin“ und die mit ihr verbundene militärische Interventionsdrohung gegenüber den „sozialistischen Bruderstaaten“ 1989 aufhob.

Die Geschichte der SED ist ohne Einbeziehung der Deutschlandpolitik der sowjetischen Kommunisten während des Kalten Krieges in und um Deutschland und Europa nicht zu schreiben, aber zu diesen Fragen sind die Moskauer Archive weitgehend geschlossen. Damit fehlt eine wichtige Voraussetzung, um diese Schicksalslinie der SED zu erforschen.

Anzumerken ist: Auch in der Aktenüberlieferung der SED gibt es Lücken, so wurde die zentrale Mitglieiderkartei zerstört ebenso wie die Überlieferung der Abteilung „Verkehr“ im Zentralkomitee, die die konspirative Verbindung zu den westdeutschen Kommunisten regelte.

Zugehörigkeit zur Weltbewegung

Eng verbunden mit dem euphemistisch so genannten „Bruderbund“ zwischen KPdSU und SED war deren Zugehörigkeit zur „kommunistischen Weltbewegung“. Diese Perspektive auf die SED-Geschichte verbindet sie mit dem Schicksal der KPD vor 1945. Die am Jahreswechsel 1918/1919 entstandene KPD zählte 1919 zu den Gründungsparteien der in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale (Kommintern) und war

damit „Sektion“ einer im Sitzland beheimateten und von dort dirigierten Weltpartei. Ein Detail der Beziehungen zwischen KPD und Kommintern mag diese Abhängigkeit illustrieren. Die Personalunterlagen der leitenden Funktionäre wurden in der Moskauer Zentrale geführt, hier fielen auch die Entscheidungen über Parteiausschlüsse und den Aufstieg in die Führungsspitze. Nach der formalen Auflösung der Kommintern 1943 wanderten diese Kaderakten in die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU. Aus dem Bestand der Abteilung Außenpolitik des ZK der KPdSU (B) vom Dezember 1946 liegt eine Einschätzung über Walter Ulbricht vor, die die hierarchischen Abhängigkeiten zwischen Berlin und Moskau sehr gut belegt. Die sowjetischen Funktionäre kamen damals zum Ergebnis, dass Ulbricht faktisch „die gesamte organisatorische und administrative Arbeit des Apparates des Zentralsekretariats der SED“ leitete.

Die SED war integraler Bestandteil der auf Moskau ausgerichteten kommunistischen Weltbewegung. Die Folgen ihres Wandels und des polyzentristischen Zerfalls durch die Ausbildung regionaler Führungszentren, angefangen in Belgrad 1948, fortgesetzt in Peking 1956/57 bis zum Eurokommunismus in Westeuropa, betrafen und bestimmten nachhaltig die Ideologie der SED und ihrer Politik gegenüber anderen kommunistischen Parteien. Obwohl die SED 1947 nicht zu den Parteien gehörte, die eingeladen worden waren, ein neues „Informationsbüro der kommunistischen Parteien“ (Komminform) zu bilden, folgte sie doch der Linie dieses neuen Führungszentrums. Dieses wurde deutlich im Konflikt zwischen der KPdSU und der KP Jugoslawiens 1948. In den „Volksdemokratien“ begann der Terror gegen die „Nationalkommunisten“ in dort regierenden Parteien, und es kam zur Wiederholung von Schauprozessen nach dem Moskauer Vorbild

der dreißiger Jahre. Die SED beteiligte sich an der Jagd auf „Titoisten und Trotzlisten“ in den eigenen Reihen, die ihr dritter Parteitag 1950 billigte. Begonnen wurde mit Funktionären der KPD, die in die DDR zitiert wurden, um dort verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt zu werden.

In den Entstalinisierungskrisen 1956/57 vertrat die SED im Grundsatz dogmatische Positionen und bekämpfte aktiv den „polnischen Revisionismus“ und die ungarische Revolution 1956. Im Streit der KPdSU mit der Kommunistischen Partei Chinas in den sechziger Jahren trat die SED dem „Maoismus“ ebenso entgegen wie dem in Westeuropa entstandenen „Eurokommunismus“ der italienischen, französischen und spanischen kommunistischen Parteien. Den Prager Frühling und den Reformkurs der tschechoslowakischen Kommunisten 1968 half die SED aktiv zu unterdrücken. Ulbricht stimmte dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in das Nachbarland am 21. August 1968 in Moskau ausdrücklich zu.

Im gleichen Jahr konstituierte sich in der Bundesrepublik die DKP, obwohl das KPD-Verbot des Bundesverfassungsgerichts von 1956 fortbestand. Einer der ersten Aufträge der DKP war, die Kampagne gegen die Prager Reformkommunisten in die westdeutsche Öffentlichkeit zu tragen. Es gelang dem SED-Interventionsapparat, in Verbindung mit dem aktiven Werben für die Entspannungspolitik und die Anerkennung der DDR sozialistische Solidarität mit den verfolgten Reformkommunisten in der nicht kommunistischen Linken in den Hintergrund zu drängen. Die propagandistische Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen im sowjetischen Lager in Westdeutschland ist Teil der Geschichte der SED.

Dem letzten Kurs der KPdSU hat sich die SED verweigert und versuchte, ihn für die DDR abzuwehren. Die Reformen von Gorbatschow verstand Honecker als

Gefährdung der Macht der SED. Die Agonie der SED-Führung im letzten Jahr ihrer Herrschaft war Ausdruck realistischer Ratlosigkeit. Eine kommunistische Weltbewegung, an die sie auch gegen die Moskauer Führung noch hätte appellieren können, war bereits Geschichte.

Populäres Medium für die Geschichte totalitärer Parteien und Bewegungen sind die Biografien ihrer Führer. Die SED hatte drei Generalsekretäre in den 45 Jahren ihrer Existenz. Den Biografien der drei SED-Generalsekretäre Ulbricht, Honecker und der Sechs-Wochen-Funktionsausübung von Egon Krenz liegt ein gemeinsames Problem zu Grunde: Ihnen fehlte der siegreiche Glanz der Tat aus eigener Kraft, und außerdem standen sie im doppelten Schatten der Monstrosität der Verbrechen Hitlers und Stalins. Dieses Urteil gilt auch für das sozialistische Endziel und die ideologische Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus, wie sie die SED vertrat. Nichts Eigenständiges war hier zu finden, es galten die Moskauer Vorgaben. Ulbricht wagte mit seiner These vom „entwickelten Sozialismus“ einen zaghaften Versuch der ideologischen Emanzipation Ende der sechziger Jahre, der mit seiner Absetzung abrupt endete. Auch ideologisch blieb die SED bis zu ihrem Ende dem sowjetischen Kommunismusmodell verhaftet. Die überzeugendste Biografie von Walter Ulbricht schrieb Carola Stern nicht zufällig in den sechziger Jahren. Damals regierte Ulbricht noch immer, und sein Staat stand kurz vor der internationalen Anerkennung. Kurzzeitig sah es so aus, als ob der SED-Parteichef gegen alle Widerigkeiten die DDR etabliert hätte.

Bindekraft im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Staatsbewusstseins entfaltete über die Partei hinaus bis zum Ende der DDR allein der von der SED propagierte Antifaschismus, der sich auf die Realgeschichte des kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozia-

lismus gründen konnte. Es gehört aber auch zur Parteigeschichte, dass Ulbricht bereits in der Moskauer Emigration im Februar 1945 gefordert hatte, dass die überlebenden KPD-Mitglieder aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des „Dritten Reiches“ gegenüber den Moskauer Kadern vor ihrer Wiederaufnahme in die KPD Rechenschaft ablegen sollten, wie sie sich in der Haft verhalten hatten und welchen Umgang sie mit „Parteifeinden“ hatten.

Teil der Parteigeschichte sind auch jene Kommunisten, die Opfer von „Säuberungen“ wurden wie zum Beispiel Rudolf Herrnstadt oder Robert Havemann. Der Begriff „Säuberung“ täuscht über seinen Inhalt, es ging um Parteiausschlüsse, Berufsverbote, Haft und Tötung. Zu den Ausgestoßenen kamen noch die, die bewusst mit der Partei gebrochen hatten und die die kommunistische Propaganda als „Renegaten“ geächtet hatte. Das Wort stammt aus der mittelalterlichen Kirchensprache und bezeichnete Christen, die Mohammedaner wurden. Wladimir J. Lenin führte dieses Feindbild 1918 in der Polemik gegen Karl Kautsky in die Parteisprache ein.

Verhältnis zu den Sozialdemokraten

Noch gewichtiger als das Thema der Renegaten für die Geschichte der SED ist das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten, die bis zum Godesberger Programm 1959 als Gegenentwurf zum Moskauer Weg der SED einen demokratischen Sozialismus vertraten. Hatten die Kommunisten mit Gründung der SED die SPD durch Fusionen politisch und organisatorisch in der SBZ beseitigt, so hat die von Schumacher geführte SPD im Westen die KPD in direkter Konfrontation marginalisiert. Der demokratische Sozialismus der SPD schuf für die SED immer wieder ideologische Abgrenzungsprobleme. Gleichzeitig suchte die Staatspartei immer wieder das innerdeut-

sche Gespräch gerade mit Sozialdemokraten, um die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik durchzusetzen. Das Verhältnis zwischen beiden Parteien entspannte sich, als die kommunistische Generation aus der Führung der SED ausschied, die wie Ulbricht mit der SPD brach, um die KPD 1918 mitzubegründen. Dies galt ebenso für ihre sozialdemokratischen Widersacher, zu denen auch Schumacher gehörte, die den Gegensatz von Diktatur und Demokratie im Umgang mit den Kommunisten oftmals leidvoll durchleben mussten. 1987, zwei Jahre vor der friedlichen Revolution in der DDR, kam es zwischen SED und SPD zu einem historischen Kompromiss auf der Basis der deutschen Zweistaatlichkeit. Beide Parteien einigten sich auf ein gemeinsames Papier über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, in dem sie sich wechselseitig anerkannten und sich ihre „Reformfähigkeit“ bescheinigten.

Machtverlust durch Abwarten

Organisatorischer Aufbau und hierarchische Funktionsweise der „Kader- und Massenpartei“ sind hinlänglich präzise erforscht, dazu zählen auch die innerparteilichen Mechanismen zur Mitgliederführung und Disziplinierung. Die Mitglieder besaßen bis zum Ende der diktatorischen Staatspartei keinen Einfluss auf die politische Willensbildung innerhalb der SED, die lag in den Händen des Generalsekretärs und seiner Kader. Dieser Zentralismus erklärt auch die Agonie der SED-Führung im zweiten Halbjahr 1989, der finalen Staatskrise. Honecker war krank, die Nachfolgefrage offen und die Moskauer Existenzgarantie für die SED-Herrschaft unsicher. Die Parteigeschichte lehrte die Kader, vor Linienwechseln der Führung oder in unübersichtlichen Situationen abzuwarten, um sich dann schnell neu zu orientieren. Über das Abwarten verlor die Partei die Macht.

Eine Formel, in der sich die Geschichte der SED jenseits der Beschreibung als totalitäre Staatspartei eines deutschen Teilstaates nach 1945 zusammenfassen lässt, kann es nicht geben. Noch immer haben wir vielfältige Wahrnehmungen von der SED, aber kein Bild. Die Ursachen hierfür liegen in der immer noch zweistaatlich geprägten Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte und der Fokussierung der Debatte um die SED-Diktatur auf die Tätigkeit ihres Staats Sicherheitsdienstes. Die Geschichte der SED kann nicht aus der Beschränkung auf die DDR geschrieben werden, ein solches Unterfangen greift zu kurz. Staatspartei wurden die deutschen Kommunisten in einem Teilstaat, weil die Siegermacht Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg es so wollte. Sie war es auch, die die SED-Herrschaft in zwei der drei Staatskrisen der DDR 1953 und 1961 gegen ihr rebellierendes Staatsvolk und die Fluchtbewegungen schützte. Als die Existenzgarantie 1988/89 seitens der sowjetischen Führung zurückgezogen wurde, endete die Macht der SED und so ihr Staat. Weiterhin war die SED Teil der von der KPdSU geführten kommunistischen Weltbewegung, an deren Erosion und Niedergang sie teilhatte. Schließlich war die SED eine gesamtdeutsch agierende Partei. Formal waren KPD und DKP Parteien der Bundesrepublik. Als solche wurde die KPD 1956 auch vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindlich verboten. Aber Steuerung, Finanzierung und Personalpolitik lagen seit 1945 in den Händen der DDR-Staatspartei, die die KPD/DKP als Interventionsapparat in der Bundesrepublik verstand und politisch einsetzte, ebenso wie die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW).

Es ist also kein Zufall, dass die Geschichte der SED verdrängt ist, aber ohne sie kann es auch keine Geschichte der deutschen Teilung geben.